

Reichsbahn ist, wie allgemein bekannt sein dürfte, die größte Aktienbesitzerin der Mitropa. Die Mitropa hat jetzt die Bahnhofswirtschaft in Altona in Pacht erhalten, und wenn das so weitergeht, so gelangt die Eisenbahn allmählich in den Besitz sämtlicher Bahnhofswirtschaften. Sie wird dann auch sehr bald im Besitz der Bahnhofsbuchhandlungen sein, und die Folge wird sein, daß schließlich die Reichsbahn und die Post sich nach dem Beispiel des Herrn Filentscher, der ja seine Bücher verschenkt, in gleicher Form betätigen, sodaß also der Buchhandel an und für sich ausgeschaltet wird.

Ich habe den Eindruck, daß wir uns noch sehr viel mehr um dieses Vorgehen der öffentlichen Hand kümmern sollten, und ich kann Ihnen nur sagen, daß wir da, wo wir haben eingreifen können, doch schon einigen Erfolg zu verzeichnen haben. Ich habe mich bei bestimmten Anlässen als Abgeordneter an die Behörden gewandt und habe dann gesehen, daß die Behörden von ihrem ursprünglichen Gedanken zurückgekommen sind; man hat danach den Druck der Amtsblätter ausgeschrieen und eine Konkurrenz veranstaltet. Wir müssen doch dahin wirken, daß der Gedanke der öffentlichen Hand nicht weiter um sich greift, daß nicht immer größere Mengen von Beamten angestellt werden, die dann um ihres Amtes willen ihre eigene Stellung ausbauen müssen, die wir schließlich zu erhalten haben. Kleine Erfolge sind also da. Wir werden aber im Interesse der Allgemeinheit gegen die öffentliche Hand weiterkämpfen müssen. Wir gehen ja selber, wohin die Betätigung der öffentlichen Hand führt; wir sehen es bei dem Kursbuch und bei all den Sachen, die die öffentliche Hand herausgegeben hat.

Das ist das eine, was ich hier vorbringen wollte. Das zweite, worüber wir im Verlegerverein gesprochen haben, ist die Erhöhung der Postgebühren. Es ist ja nun bekannt geworden, daß die Post beabsichtigt, ihre Gebühren um 50 bis 100 Prozent zu erhöhen, d. h. um Beträge, die die Wirtschaft um weitere 240 Millionen belasten werden. Man kann sich ja auch da auf den Standpunkt stellen, daß man sagt: Ach, die Wirtschaft wird es schon tragen, und heute hat mir einer der Herren erklärt, die Erhöhung müsse erfolgen, weil der Postverkehr tatsächlich zurückgeblieben sei, die Post müsse unbedingt höhere Einnahmen aus dem einzelnen Objekt haben. Ich habe darauf erwidert, das heiße das Pferd beim Schwanz aufzäumen; denn wenn man auf diese Weise die Postgebühren verteuert, dann wird naturgemäß der Verkehr immer mehr einschrumpfen müssen. Man hat uns seinerzeit gesagt: Ihr müßt euch alle dem Postscheckverkehr anschließen, auf dem Wege des Postscheckverkehrs wird eine große Verbilligung des gesamten Geldverkehrs möglich sein. Heute erklärt der Reichspostminister mit einem Male, daß man unter allen Umständen nun auch die Postscheckgebühren erhöhen und damit eine ganz gewaltige Belastung für den Postscheckverkehr herbeiführen müsse. Wir sind der Meinung — und ich bitte Sie, sich auch darüber auszusprechen —, daß, wenn diese Absicht etwa in die Tat umgesetzt wird, wir dann vielleicht gerade hier die einzige Möglichkeit haben, einmal in einen Poststreik einzutreten, indem wir dann mit den Banken Vereinbarungen treffen, damit unser gesamter Geldverkehr durch die Bank vor sich geht. (Zuruf: Sparkassen!) — Auch das, meine Herren, wenn Sie glauben, daß es auf diesem Wege geht. Jedenfalls muß jeder Weg beschritten werden, der der Post zeigt, daß sie nicht allmächtig ist.

Meine Herren, früher — ich erinnere Sie an den Gründer unseres Postwesens, den Staatssekretär Dr. Stephan — hat die Post ihr Hauptaugenmerk darauf gerichtet, die Postgebühren zu verbilligen, und als man die Privatpostanstalten abschaffte, da tröstete man das deutsche Publikum damit: Jetzt zahlst du einen Pfennig — beispielsweise in Berlin — für die Postkarte; künftig wirst du 2 Pfennig zahlen, dafür werden wir es dir aber ermöglichen, daß du eine bessere Beförderung bekommst. Heute droht man uns, daß man die Ortspostkarte von 3 auf 5 und die allgemeine Postkarte von 5 auf 10 Pfg. erhöhen will, während vor dem Kriege die Post es doch schon dahin gebracht hatte, daß man beispielsweise Briefe nach Amerika für 10 Pfennig schicken konnte.

Nun gibt es natürlich eine ganze Reihe von Erklärungen für diese Erhöhung. Bis dahin war die Reichsbahn Eigentum des

Staates, zum Teil Eigentum des Reiches, und die Reichspost zahlte an die Bahn eine verhältnismäßig geringe Summe; man spricht von 12 bis 15 Millionen, die es früher waren. Heute muß sie an die zum überwiegenden Teile nicht mehr Deutsche Reichsbahn an die hundert Millionen bezahlen, und selbstverständlich muß sich das in irgendeiner Form auswirken. Wir sind nun der Meinung — und das müßte durch eine Entschließung, die morgen der Börsenverein fassen muß, wie es heute der Verlegerverein auch schon getan hat, zum schärfsten Ausdruck gebracht werden —, daß die Postverwaltung nicht so mit dem halben Groschen herumwerfen sollte, sondern daß man, wenn man eine Erhöhung vornehmen muß, der wir vielleicht nicht entgehen können, doch wieder den alten guten Pfennig zu Ehren bringt und eine Erhöhung um 1 oder 2, aber nicht gleich um 5 Pfennig vornimmt. (Sehr gut! Sehr richtig!) Denn diese Erhöhung ist so groß, daß die deutsche Wirtschaft, wie gesagt, mit 240 Millionen Mark mehr belastet werden würde; und daß bei einer solchen Erhöhung unser ganzes Wirtschafts- und Kulturleben erhebliche Einbußen erleiden wird, das wollen wir den Herren doch einmal vorstellen und zur Erwägung anheimgen. Wir werden jedenfalls alles tun müssen, um diese neue, ganz gewaltige Steuer für das deutsche Wirtschaftsleben hintanzuhalten. Bei den Reichsbehörden spricht man immer von dem Abbau der Steuern, und hier will man auf einem andern, sehr einfachen Wege Erhöhungen vornehmen, die unser Wirtschaftsleben und zumal das Leben im deutschen Buchhandel erdroffeln müssen. Denn es wird sehr wesentlich sein, ob man nun für einen Prospekt, den man hinausgeschickt, 5 oder 10 Pfennig Porto zahlen muß, besonders wenn beispielsweise die Päckchen künftig in Wegfall kommen und wenn man wieder zu dem alten, sehr üblen System des Bestellgeldes für Postpakete zurückkehrt. Namentlich wird auch wieder der Osten, unsere herrliche Provinz Ostpreußen, hierdurch belastet werden, die doch eigentlich nur noch auf dem Wege des Postpakets mit dem Inlande verbunden ist, weil die Frachten sehr viel teurer werden.

Meine Herren, das sind die beiden Punkte, über die wir heute morgen im Verlegerverein gesprochen haben und denen ich mich in der letzten Zeit deshalb gewidmet habe, weil ich darin eine große Gefahr und eine außerordentliche Belastung erblicke. Meine Herren, wir sehen oft zu sehr auf unser eigenes, manchmal kleines, manchmal großes Geschäft und zu wenig auf die Allgemeinheit. Hier ist die Möglichkeit gegeben, sich mit der Allgemeinheit unserer ganzen deutschen Wirtschaft solidarisch zu erklären und gegen Belastungen zu kämpfen, die tatsächlich untragbar sind. Auf uns wird es ankommen, ob die Post ihre Absichten durchführen kann oder nicht. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Ich danke Herrn Hillger für seine Ausführungen. Da er uns in Aussicht gestellt hat, daß er morgen zu der Erhöhung der Postgebühren noch ausführlicher sprechen wird, so ist wohl anzunehmen, daß der Börsenverein Stellung zu dieser Frage nehmen und einen Antrag bei der Regierung einbringen wird, dem sich nachher alle anderen Verbände anschließen können, damit die Wirkung eine möglichst große sein wird.

Hat sonst noch jemand zu diesem Punkte etwas zu erwähnen?

Herr Dr. **Paul Schumann** (Stuttgart): Meine sehr geehrten Herren! Sie werden im Börsenblatt gelesen haben, daß ich seit kurzem ständiges Mitglied im Verwaltungsrat der Reichspost geworden bin, nachdem ich mehrere Jahre stellvertretendes Mitglied und lange Jahre vorher Mitglied des Beirats der Reichspostverwaltung gewesen war. Sie werden mir daher zugeben, daß ich eine gewisse Einsicht in die Verhältnisse, wie sie bei der Post vorliegen, habe und verstehe, daß ihre Bedrückungen und Besorgnisse nicht gering sind. Ich kann Ihnen sagen, daß die Mitglieder des Verwaltungsrates, soweit sie der Wirtschaft angehören, nicht weniger überrascht gewesen sind als Sie, als die neue Portonerhöhung uns präsentiert wurde. Noch im Februar oder Anfang März, wo wir den Etat für das neue Jahr beraten haben, lagen die Dinge so, daß der Etat vollständig balancierte, und nachdem für den Mai die Regelung der Telephongebühren in Kraft treten sollte, durfte man annehmen, daß wir für das neue Jahr ohne jede neue Belastung durchkommen würden. Das ist nun leider nicht der Fall gewesen; es haben sich inzwischen Dinge ereignet,